

Leitantrag Diskriminierungsabbau durch Bildung 2016

Zur aktuellen Situation

Fünf Jahre sind vergangen, seit die Bundesmitgliederversammlung am 1. Oktober 2011 einen Leitantrag zur Bildungspolitik verabschiedet hat. Seitdem nehmen wir mit Sorge einen Wandel im gesellschaftlichen Klima wahr. 41% der Bevölkerung finden es laut einer aktuellen Umfrage „ekelhaft“, wenn sich gleichgeschlechtliche Paare in der Öffentlichkeit küssen.¹

Laut einer Umfrage des Deutschen Jugendinstituts aus dem Jahre 2015 wurden 55% der befragten Jugendlichen (LSBTI²) am Arbeitsplatz oder in der Schule beschimpft, beleidigt oder lächerlich gemacht. 61% der Befragten (LSBTI) befürchten immer noch negative Folgen nach ihrem Coming Out in Schule oder Beruf. 78% der Lehrkräfte sind in der Wahrnehmung von LSBTI-Jugendlichen nie oder nur manchmal eingeschritten, wenn Begriffe wie „Schwuchtel“, „schwul“, „Transe“, „Lesbe“ oder ähnliches als Schimpfwörter gebraucht wurden.³

Zudem hat sich die gesellschaftliche Stimmung im Land – nicht zuletzt durch die zum Teil völlig aus dem Ruder gelaufene Diskussion um die Flüchtlingsfrage – deutlich verändert. Der Ton ist schärfer und verletzender geworden, was auch daran zu merken ist, dass persönliche Beleidigungen gerade auch in den sozialen Medien an der Tagesordnung sind. „Schwule Sau“ ist als Schimpfwort wieder salonfähig geworden. Neue politische Kräfte, wie die AfD, propagieren ein anti-liberales Gesellschafts- und Familienbild, machen sich das veränderte gesellschaftliche Klima zunutze und schüren Ressentiments gegen alles, was ihrem engen Weltbild nicht entspricht.

Daher ist es an der Zeit, aufbauend auf dem Leitantrag von 2011, diese Thematik erneut aufzugreifen, unsere Forderungen zu konkretisieren und zielführende Handlungsoptionen für die Landes- und Kommunalebene zu formulieren.

Reduzierung der Unwissenheit

Unwissenheit ist zentrale Ursache für Diskriminierung – bis hin zur Gewalt gegen LSBTI (Hassgewalt). Alle Forderungen müssen daher den Abbau dieser Unwissenheit über LSBTI zum Ziel haben. Dabei kommt es auf das Zusammenspiel aller am Erziehungsprozess beteiligten Personen an. Die Schule spielt hier eine entscheidende Rolle.

¹ „Mitte“-Studie der Universität Leipzig, 2016

² LSBTI: Lesben, Schwule, Bi-, Trans- und Intersexuelle

³ „Coming-out – und dann...?!“, DJI-Forschungsprojekt, 2015

Unsere Forderungen

Da Schulpolitik nach wie vor Ländersache ist, müssen wir hier ansetzen. Der 2011 auf Bundesebene verabschiedete Leitantrag muss von den Regional- und Landesverbänden der LSU in Landes- und Kommunalpolitik umgesetzt werden. Konkret bedeutet dies:

- Wir fordern von den CDU-Fraktionen in den norddeutschen Landtagen respektive Bürgerschaften, der Aufnahme von „Diversität und LSBTI“ als verbindliche Bestandteile der Lehrpläne zuzustimmen.
- Wir fordern von den CDU-Fraktionen in den norddeutschen Landtagen respektive Bürgerschaften, sich für die Anpassung der Lehrerausbildung im Hinblick auf LSBTI-Kompetenz einzusetzen. Außerschulische Initiativen und Programme können immer nur flankierend wirken, ersetzen aber nicht den Bildungsauftrag der Schule. Nur gut ausgebildete Lehrer garantieren gute Bildung.
- Wir fordern von den CDU-Fraktionen in den norddeutschen Landtagen respektive Bürgerschaften, sich für die finanzielle Unterstützung der Landesnetzwerke der LSBTI-Aufklärungsprojekte (z.B. SCHLAU Niedersachsen) einzusetzen. An dieser Stelle erfolgt die wichtige Qualifizierung und Qualitätssicherung.
- Wir fordern von den CDU-Fraktionen in den norddeutschen Landtagen respektive Bürgerschaften, sich für die Einrichtung landesweiter Koordinierungsstellen „LSBTI und Schule“ einzusetzen. Diese Stellen sollen Schulen, die sich für das Thema öffnen wollen, beraten und unterstützen.
- Wir fordern von den Kommunalpolitikern der CDU, Projekte wie SCHLAU o.ä. respektive deren regionale Trägerorganisationen finanziell zu fördern und so deren wichtige Aufklärungsarbeit zu gewährleisten. Die Lehrkräfte vor Ort können nicht alles allein leisten. Es gibt gute regionale Projekte, die bereits heute schon Know-how bündeln. Diese gilt es zu stärken und für die Schulen nutzbar zu machen.
- Wir appellieren an Lehrkräfte mit LSBTI-Bezug, sich als Ansprechpartner an ihren Schulen zur Verfügung zu stellen. Schüler, die in der Phase der Findung ihrer sexuellen Identität und/oder Orientierung sind, dürfen nicht alleingelassen werden.
- Wir fordern von den Verantwortlichen der Aufklärungsprojekte, den Lehrkräften sowie den Erziehungsberechtigten, für ein gelingendes, angst- und diskriminierungsfreies Aufwachsen der Kinder und Jugendlichen zusammenzuarbeiten.

Unsere Aufgaben

Damit wir nicht in Absichtsbekundungen verharren, ist es nötig, konkret Einfluss zu nehmen. Hier gilt es auf regionaler Ebene mit den Entscheidern in Kontakt zu kommen bzw. in entscheidenden Gremien vertreten zu sein. Wir müssen uns und unsere Forderungen gezielter platzieren.

- Wir wollen mit Bildungspolitikern auf Landesebene ins Gespräch kommen. Hierzu sollen Veranstaltungen organisiert bzw. zu vorhandenen Veranstaltungen gezielt eingeladen werden.
- Wir wollen mit den zuständigen CDU-Landesfachausschüssen Kontakt aufnehmen. Ziel muss es sein, selbst einen Vertreter in diesen Gremien zu haben.
- Wir wollen die CDU in den Städten, die bereits Aufklärungsprojekte oder ähnliches haben, gezielt ansprechen, sensibilisieren und für die Unterstützung unserer Forderungen gewinnen.
- Wir wollen mit dem Queeren Netzwerk Niedersachsen (QNN) und anderen Vereinen der LSBTI-Community enger zusammenarbeiten.
- Wir wollen gerade beim Thema Bildungs- und Schulpolitik einen ständigen und strukturierten Austausch mit der Jungen Union, der Schüler Union und dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten.
- Wir wollen den Austausch mit Landesschülerrat, Landeselternrat und Philologenverband fördern.
- Wir wollen als LSU mit unseren Themen innerhalb der CDU präsenter sein. Keine CDU-Veranstaltung ohne einen Vertreter der LSU!

Beschlossen durch die Mitgliederversammlung der **LSU Nord** am 3. September 2016 in Hannover.